



Stellungnahme der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft

Stellungnahme zum Entwurf für ein Gesetz zur Änderung von Vorschriften im Eisenbahnbereich (Eisenbahnrechtsbereinigungsgesetz)

Eine Forderung der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft ist, dass der Rückbau von Infrastruktur gestoppt werden muss und derzeit betrieblich nicht benötigtes Bahngelände für künftiges Verkehrswachstum gesichert werden muss.

Dementsprechend äußern wir Bedenken bei Artikel 1 Nr. 13a (Änderung des § 23 AEG), die den Trägern der Straßenbaulast einer öffentlichen Straße ein Antragsrecht auf Freistellung von Bahnbetriebszwecken einräumen soll. Eine derartige Änderung lehnen wir ab.

Wir begrüßen hingegen Artikel 1 Nr. 13b, die Einführung des §24 AEG, im Interesse einer höheren Betriebssicherheit, auch in Bezug auf die Sicherheit des Bahnpersonals, der Fahrgäste und der transportierten Ladungen.